

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

2.10.1869 (No. 231)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 2. Oktober.

N. 231.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gewöhnliche Preistheile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Telegramme.

† **München**, 30. Sept. Ein Gesetz vom 26. September verordnet, daß das zwischen dem Zoll-Bundesrath und Zollparlament vereinbarte Gesetz, die Sicherung der Zollvereins-Grenze gegen die ausgeschlossenen hamburgischen Gebietstheile betreffend, in Bayern in Kraft und Geltung trete.

† **München**, 30. Sept. (N. Z.) Die Staatsregierung hat der Abgeordneten-Kammer mittelst Schreibens des Finanzministeriums das Budget für 1870/71 vorgelegt.

† **München**, 1. Okt. Die Abgeordneten-Kammer setzte heute die Präsidentenwahl fort. Auch das fünfte Scrutinium blieb resultatlos wie alle früheren. Morgen 10 Uhr Fortsetzung der Wahl.

† **Prag**, 30. Sept. Bei der heute stattgefundenen Eröffnung des Landtags fehlten sämtliche tschechische Abgeordnete und die Bischöfe. Der Erzbischof lehnte es ab, die übliche Messe zu lesen. Der Statthalterleiter Hr. v. Koller begrüßte die Versammlung, das Festhalten an der Verfassung betonend. Es fanden sonst nur Wahlprüfungen und Kommissionswahlen statt.

† **Paris**, 30. Sept. Die ministeriellen Blätter enthalten Artikel, in denen gesagt wird, die Regierung sei entschlossen, den heftigen Drohungen jener Blätter, die eine Berufung der Kammer bis zum 26. Oktob. verlangen, nicht nachzugeben. Die Berufung des gesetzgeb. Körpers werde nicht im Oktober, sondern wahrscheinlich im Laufe des November stattfinden. Unterdessen bereite man wichtige Entwürfe vor, die der Kammer vorzulegen seien.

† **Paris**, 30. Sept. Das „Petit Journ.“ veröffentlicht eine Depesche aus Guebwiller, von 10 Uhr Morgens datirt, in welcher gesagt wird, der Schwager Kint's, Hänsler, sei von der Polizei berufen worden, um einen zwischen der Stadt Cernay und dem Dorfe Bollwiller (Depart. Haut-Rhin) aufgefundenen Leichnam zu rekonstruieren. Das „Petit Journ.“ fügt hinzu, Alles lasse darauf schließen, daß dieses die Leiche des Vaters Kint sei.

† **Madrid**, 30. Sept. Die „Gazetta“ theilt mit, daß die Insurgenten in der Provinz Barcelona die Eisenbahn zerstört und republikanische Junten eingesetzt haben. Bei der Annäherung der Truppen zerstreuten sich die Insurgenten und die Junten lösten sich auf. In Cerres de la Frontera ist die Ruhe durch die Energie des Militär-Kommandanten aufrecht erhalten worden.

Deutschland.

† **München**, 29. Sept. (Schw. W.) Die Spannung auf den Ausgang der heutigen Präsidentenwahl in der Abgeordneten-Kammer war eine nicht geringe: man wußte, daß die beiden Parteien, die liberale und die ultramontane, numerisch gleich in fester Ordnung ohne Nachgiebigkeit sich gegenüber standen. Die Liberalen hatten Dr. Edel zu ihrem Kandidaten gemacht und damit wahrlich eine Wählung gezeigt, welche der höchsten Ehre werth ist, denn Edel, (im Frankfurter Parlament für einen Führer der Ultramontanen gehalten) ist niemals Mitglied einer Partei, er ist immer „Wilder“ gewesen und er ist dies heute noch. Die Ultramontanen wählten für Dr. Weiss, denselben Weiss, dessen Wahl zum Präsidenten durch die Liberalen 1859 das Wort vom „Frieden mit dem Volk“ hervorrief und das Ministerium Pforsben-Neigerberg stürzen machte, der aber jetzt durch Diet und Dünn mit seinen damaligen Gegnern geht. Im Hof des Ständehauses standen heute Vormittag lebhaft bewegte Gruppen, während oben in geheimer Sitzung die Wahl vor sich ging. Um 1/2 11 Uhr öffnete sich im ersten Stock ein Fenster und ein menschenfreundlicher Abgeordneter rief herab: „Erstes Scrutinium, 144 Botanen, 71 für Edel, 71 für Weiss, 2 Stimmen, natürlich die der beiden Kandidaten, verlore.“ Jedermann hatte dieses Resultat erwartet, und dennoch machte die Nachricht davon tiefen Eindruck, denn es hängt viel an dieser Wahl. Zwei Stunden später, nach dem zweiten Scrutinium, wiederholte sich Zug für Zug, Wort für Wort und Ziffer für Ziffer dieselbe Szene, und Abends 5 Uhr, nach dem dritten Scrutinium, noch einmal. Die Parteien wankten und weichen nicht, es ist kein Absehen, wie das enden soll. Die Verfassung und die Geschäftsordnung haben einen Fall, wie er jetzt vorliegt, nicht vorgesehen, und der Alterspräsident muß fortwählen lassen, bis irgend ein Zufall irgend eine Lösung oder bis das Ministerium die Auflösung einer Versammlung bringt, die nicht einmal im Stande ist, sich neu zu konstituieren. Die Auflösung wird aber schon darum nöthig sein, weil der heutige Tag mit seinen drei Wahlhandlungen gezeigt hat, daß die Majorität in dieser Kammer nicht von Prinzipien, sondern vom Zufall herbeigeführt wird, dem Zufall aber wird man nicht die Schöpfung neuer Gesetze anheimgeben wollen. — Die Minister Fürst Hohenlohe und v. Hürmann waren gestern beim König auf Schloß-Berg und wahrscheinlich wird die Eventualität, welche heute eingetreten ist, dort zur Sprache gekommen sein. Der König empfing auch den bayerischen Gesandten in Berlin, Frhrn. von Perglas, der heute auf seinen Posten sich zurückbegibt.

(Der 4. Wahlgang ergab bekanntlich dasselbe Resultat, wie die früheren.)

† **Marburg**, 28. Sept. (Marb. Woch.-Bl.) Sämmtlichen Geistlichen sind die für die Synode bestimmten Vorlagen zugegangen. Dieselben bestehen aus 1) dem Entwurf einer Presbyterial- und Synodalordnung; 2) dem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Aufbringung der Synodalosten; 3) dem Entwurf, betreffend die Ressortverhältnisse des Konsistoriums. Diese Vorlagen sollen dem Benehmen nach auch allen Ortsvorständen zugehen. Zur Wahl der Deputirten, welche die weltlichen Mitglieder der Synode zu wählen haben, ist auf den 21. Okt. Termin angesetzt.

† **Weimar**, 28. Sept. Die Ankunft Sr. Maj. des Königs von Preußen in Eisenach erfolgte heute Nachmittag nach 3 Uhr. Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Sachsen erwartete seinen Gast auf dem Bahnhof und begab sich mit Höchstbediensteten nach der Wartburg, woselbst Abends das Diner stattfand. Um 12 Uhr Nachts trat der König die Weiterreise nach Baden an, wohin ihn der Großherzog begleitet, um ebenfalls seiner Königl. Schwester die Glückwünsche zum Geburtstage darzubringen.

† **Berlin**, 29. Sept. Der Kronprinz wird im Anfang des nächsten Monats seine schon erwähnte Reise nach Oesterreich, Italien und den Orient antreten. Höchstwahrscheinlich reist am 3. Okt. von hier nach Baden-Baden, um sich von den Königl. Majestäten zu verabschieden, und begibt sich dann zu einem Besuch am kaiserl. Hofe nach Wien. Auf besondere Einladung von Seiten des Kaisers Franz Josef wird Se. Königl. Hoheit in der Hofburg Wohnung nehmen. Vom Kaiser sind bereits auch ein General und mehrere Stabsoffiziere bezeichnet, welche dem erlauchten Gaste beigegeben werden sollen. Ueber die Veranlassung und die Bedeutung des Besuchs Sr. Königl. Hoheit am kaiserl. Hofe verbreitet ein Theil der Presse die abenteuerlichsten Kombinationen. Sicherem Vernehmen nach hat es zur Herbeiführung dieses Besuchs gar nicht all' der umständlichen Vorverhandlungen und Vermittelungen bedurft, von denen mehrere Blätter so ausführlich zu erzählen wissen. Namentlich widerspricht man hier auch der Behauptung, daß die Angelegenheit des k. österreichischen Reichskanzlers Grafen v. Beust in Baden-Baden solchen Einleitungen gegolten habe. Als Graf v. Beust von J. Maj. der Königin Augusta in Baden-Baden empfangen wurde, war die Reise des Kronprinzen nach Wien schon festgeschlossene Sache. Jedenfalls hat dieser Besuch eine wesentliche Bedeutung als Zeugnis für die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich. Die weitverbreiteten politischen Plänklingen und Zukunftsideen aber, welche von manchen Seiten an denselben geknüpft werden, sind eben so dem Bereiche der Phantasie entsprungen, wie die Unterstellung, das bevorstehende Erscheinen des preussischen Kronprinzen am Wiener Hofe sei hinter dem Rücken des Grafen v. Bismarck und des Grafen v. Beust verabredet worden. Beiden leitenden Staatsmännern ist das Vorhaben von seiner Entstehung an bekannt und willkommen gewesen.

Bei Erwähnung der kürzlich erfolgten Beurteilung von zweijährig gedienten Soldaten stellt ein hiesiges Blatt die Behauptung auf: den behelstigten Militärs sei eröffnet worden, ihre Beurteilung gehebe zur Vermeidung von Staatsüberschreitungen. Ganz abgesehen von der völligen Ungebräuchlichkeit solcher Einzelmotivirung militärischer Anordnungen ist diese Behauptung auch insofern widersinnig, als die jetzigen Beurteilungen gar nichts Außergewöhnliches enthalten, sondern in der preussischen Armee als sog. „Königsurlaub“ seit vielen Jahren herkömmlich sind. Alljährig werden zahlreiche Soldaten, die beim Beginn ihres dritten Dienstjahres sich als besonders tüchtig erweisen, auf unbestimmten Urlaub entlassen. — Die Erweiterung der Stadt Magdeburg durch Hinausschieben der Festungswerte, welche schon seit mehreren Jahren in Frage steht, wird nunmehr allmählig dem vorhandenen Bedürfnis entsprechend zur Ausführung gebracht.

Die Kartell-Konvention zwischen Preußen und Rußland, welche vornehmlich zur gegenseitigen Anklieferung von Brechern u. s. w. im Jahre 1857 auf zwölf Jahre abgeschlossen worden ist und namentlich wegen mannichfacher Uebelstände, mit welchen die Ausführung derselben verknüpft war, seit Jahren Anlaß zu vielen Beschwerden und Angriffen auch innerhalb der Landesvertretung gegeben hat, ist, wie die „Prov.-Korr.“ meldet, bei dem bevorstehenden Ablauf nicht erneuert worden und tritt mit dem 2. Oktober d. J. außer Kraft.

† **Berlin**, 30. Sept. Die „Post“ bringt eine, den Sachverhältnissen entsprechende Mittheilung, daß der Besuch des Kronprinzen auf seiner Reise nach dem Orient in Wien von dem kürzlichlichen Empfang des Grafen Beust bei der Königin von Preußen in Baden-Baden ganz unabhängig sei. Die im Verfolg dieser Meldung des Grafen Beust und von einigen Seiten ausgesprochene Erwartung eines Systemwechsels der preussischen Politik wird als grundlos bezeichnet.

Oesterreichische Monarchie.

† **Wien**, 28. Sept. Der österreichische Botschafter bei der

päpstlichen Kurie, Graf Trauttmansdorff, kehrte gestern, nachdem er im Beisein des Reichskanzlers vom Kaiser empfangen worden ist, auf seinen Posten nach Rom zurück. Ueber die Instruktionen, oder richtiger Informationen, die er von hier mitnimmt, kann ein Korrespondent des „Bessier Lloyd“ Folgendes mittheilen: „Graf Beust betonte in seinen Unterredungen mit dem Grafen Trauttmansdorff wiederholt, eine aufrichtige Versöhnung, resp. Verständigung mit der päpstlichen Kurie für „höchst wünschenswerth“ zu halten, und die k. k. Regierung müsse hiezu freudig die Hand bieten, sobald sie sich die Ueberzeugung verschafft haben werde, daß Rom mit vollendeten Thatsachen zu rechnen verstehe. Besonders aber möge Graf Trauttmansdorff der römischen Regierung gegenüber hervorheben, daß das cisleithanische Ministerium die Aufhebung des Konkordats aus eigener Initiative nicht anstreben, aber einem diesbezüglichen Beschluß der Reichsvertretung, der unter den obwaltenden Verhältnissen ein höchst wahrscheinlicher sei, sich keineswegs widersetzen könne und werde.“ Der Gewährsmann, dem der Korrespondent des „Bessier Lloyd“ diese Informationsanalyse verdankt, theilt zugleich das in Hofkreisen zirkulirende Gerücht mit, Graf Trauttmansdorff sei der Ueberbringer eines eigenhändigen Schreibens des Kaisers an den Papst.

† **Prag**, 29. Sept. Nach heftigem Wahlkampf siegten bei den heutigen Wahlen in der hiesigen Altstadt und Vorstadt Smichow abermals die tschechischen Deklaranten. Nach Verkündung des Wahlergebnisses fand eine Ovation vor dem tschechischen Klublokale statt, wo sämmtliche Abgeordnete eine Berathung abhielten und abermalige Enthaltungen vom Landtage unter Abgabe einer motivirten Erklärung beschloßen.

Rumänien.

† **Jürst Karl** hat, wie die „Oesterr. Corresp.“ meldet, sein Ministerium sofort von den Klagen in Kenntniß gesetzt, die ihm in Wien über die Bedrücknisse der Juden in Rumänien vorgebracht worden sind.

Italien.

† **Florenz**, 29. Sept. Der Gerichtshof erklärt gegenüber dem Antrag des Staatsanwalts: gegen Lobia und Luchini könne eine Untersuchung nicht eingeleitet werden. — In Siena und Umgebung verursachten Erdererschütterungen einigen Schaden.

† **Rom**, 27. Sept. Man schreibt der „Corresp. Havas“: Angesichts der Hindernisse, welche sich dem projektirten Konzil entgegenstellen, setzt der römische Hof alle geistlichen und weltlichen Mittel in Bewegung, um den Erfolg seiner Idee zu sichern. Auf seinen Antrieb bilden sich in Rom und in allen Ländern der Welt Vereine zum Zweck des Gebets und darzubringender Spenden, und man läßt in den Klassen der Gebildeten und Gelehrten Listen umhergehen, in denen Jeder, der sich mit der heiligen oder profanen Wissenschaft beschäftigt, eingeladen wird, im Voraus eine Unterwerfungsformel unter die Beschlüsse des Konzils zu unterzeichnen. Die Gebetsvereine sind zahllos; diese Bewegung greift namentlich durch die Bischöfe und die Frauen um sich. Die darzubringenden Spenden sind nach den Reichthumsverhältnissen der kirchlichen Blätter bereits sehr beträchtlich und es ist nicht annehmlich, daß sie zugleich mit dem von den Bischöfen dem Papste überbrachten Gelde die Summe von 4-5 Mill. Franken erreichen wird. Die Zustimmung- und Unterwerfungsverpflichtungen zum Konzil scheinen schwerer zu Stand zu kommen, denn bis jetzt hat man selbst in Rom, wo der Botschafter weniger Unabhängigkeit hat als irgendwo, kaum 15 Unterchriften von einiger Bedeutung zusammengebracht. Man begreift übrigens, wie viel Rom daran gelegen sein würde, der Bewegung des liberalen Katholizismus und des freien Gedankens gegen das Konzil ein tiefes Absehbild entgegenzustellen, welches die Namen aller Größen der Intelligenz in sich schloße, die im Voraus ihre Zustimmung zu allen Entscheidungen des Konzils, und namentlich zu denen gegeben hätten, welche sich auf die dogmatische Definition der persönlichen Unfehlbarkeit des Papstes und auf die Bewerfung der modernen Prinzipien beziehen. Die doctrinalen Vorbereitungen zum Konzil werden eben so eifrig betrieben, wie die materiellen. Die Entwürfe zu den Canones sind fast alle redigirt. Bis jetzt sind hierüber nur vage Gerüchte in's Publikum gedrungen. Man findet aber, daß das Vorbereitungsverfahren in eigentümlicher Weise vereinfacht worden ist. Der Papst arbeitet den Entwurf zu einem Canon mit der dirigirenden Kardinalskongregation aus; diese überweist ihn der Kongregation der sechs Kommissionen. Der Kardinal, welcher letztere präsidiert, sammelt die motivirten Vota, und sendet diese an die Kardinalskongregation zurück, welche nun den Wortlaut des Canons redigirt, der hierauf nach einer kurzen Darlegung der Abstimmungen in der geheimen Druckerei des Quirinal gedruckt wird. Der Band, der sich so nach und nach bildet, soll den Bischöfen erst am Tage des Konzils mitgetheilt werden, so daß, wie man entgegenhält, nicht allein alle Initiative für den Papst reservirt ist, sondern den Bischöfen auch nicht die nöthige Zeit bleibt, ihre Opposition vorzubereiten, wo sie deren zu machen für nöthig halten. Aus diesem Grunde glaubt der P. Hyacinthe, daß das Konzil in seiner Vorbereitung nicht frei gewesen sei, und fürchtet, daß es auch während seines Verlaufs nicht frei sein wird.

Frankreich.

† **Paris**, 30. Sept. Der „France“ zufolge tritt die Kaiserin heute Nachmittag 5 1/2 Uhr ihre Reise an. Ein aus Venedig angelangtes Telegramm bestätigt die Ankunft

der Kaiserin baselbst auf Samstag um 4 Uhr Morgens. Der Prinz Amadeus, der sich mit seinem Geschwader in Beyruth befindet, hat Befehl erhalten, sich mit demselben nach Jaffa zu begeben, um dort die Ankunft der Kaiserin Eugenie abzuwarten.

Der türkische Botschafter hat erst gestern Paris verlassen. Djemil Pascha begibt sich über Wien nach Konstantinopel und wird in ersterer Stadt einige Zeit verweilen. Nach einem Aufenthalte von mehreren Tagen in der türkischen Hauptstadt wird Djemil Pascha sich auf der Fregatte „Sultanieh“ einschiffen und dem kaiserl. französischen Dampfschiff „Nigle“ bis in die Gewässer des Archipel entgegenfahren. 3. Maj. die Kaiserin wird vor dem 13. Okt. in Konstantinopel nicht erwartet und wird sich nur fünf Tage dort aufhalten.

Die Frage des Wiederzusammentritts der Kammer wird fortwährend auf's lebhafteste diskutiert. Der Abg. Raspail erklärt in einem Schreiben an die Wähler des Seine-Departements, daß er am 26. Okt. 1 1/2 Uhr Nachmittags sich vor der Thüre des Sitzungssaales einfinden werde, und wenn er ganz allein sein sollte. Der Abg. Picard seinerseits rath von jedem eigenmächtigen Schritt Einzelner ab und meint, die Mehrheit der Kammer sollte auch ungerufen um diese Zeit privatim zusammentreten, um zu berathen, was zu thun sei. — Rente 71.27 1/2, Cred. mob. 215, ital. Anl. 52.87.

Spanien.

* Madrid, 28. Sept. Ueber die Unruhen in Barcelona meldet das dortige „Diario“:

Das Feuer, welches um 9 1/2 Uhr Abends begonnen hatte, hörte erst um 2 Uhr Morgens auf, im Augenblick, wo die letzte Barricade genommen wurde. Der Kampf war namentlich im dritten und vierten Distrikt der Stadt heftig. In der Calle Boniente mußte Artillerie angefahren werden, um in die Barricade Breche zu legen. Beim Angriff auf die große Barricade der Karmeliterkirche gegenüber war das Feuer der Insurgenten so lebhaft, daß es die Truppen zum Rückzug zwang. Auch da mußte die Artillerie der Infanterie Bahn brechen. Man zählt 12 getödtete Republikaner, die Truppe hat nur 4 Tode und 5-6 Verwundete; von den Bürgern sind ungefähr 20 verwundet. Achtzig Gefangene sind auf ein im Hafen vor Anker liegendes Schiff gebracht worden. Viele Frauen lieferten Gewehre aus, indem sie erklärten, daß man ihre Männer hintergangen habe. Die Kirchen waren geöffnet und die Gläubigen strömten in Masse herzu, um zu beten; die Kathedrale blieb, als zum Beleg des Konstitutionsplatzes gebräutig, verschlossen.

* Madrid, 29. Sept. Man versichert, daß eine Kommission von 15 Mitgliedern der Cortes beauftragt werden wird, die Lösung der Thronkandidatur-Frage vorzubereiten.

Griechenland.

Das Budget pro 1870 ist mit 34,103,000 Drachmen in der Einnahme und mit 33,883,531 Drachmen in der Ausgabe angelegt, gegen das Vorjahr dort 3,517,200, hier 1,629,666 Dr. weniger.

Großbritannien.

* London, 29. Sept. Die Stelle der Rede, worin sich Lord Clarendon, der Minister des Auswärtigen, bei dem Bankett des landwirthsch. Vereins für West Hertfordshire über die allgemeine Lage aussprach, lautet:

In dem Amte, welches ich zu bekleiden die Ehre habe, bin ich nicht nur in die Lage, sondern sogar in die Nothwendigkeit versetzt, mich mit vielen Dingen bekannt zu machen, die im Auslande vorgehen und im Rathe der verschiedenen Mächte zur Sprache kommen. Ich war einige Zeit auf dem Festlande und bin erst vorige Woche zurückgekehrt. Ich hatte drüben Gelegenheit, verschiedene Ansichten zu vernehmen, und bin auch mit einigen Personen zusammengewesen, die keinen geringen Einfluß auf die Geschichte Europa's üben. Obwohl ich nun nicht die Gabe der Weissagung besitze, noch auch mir anmaße, weiter in die Zukunft zu sehen, als andere Leute, so kann ich doch nicht umhin, bei dieser Gelegenheit meine Ansicht kundzugeben, daß zu keiner Zeit, während der letzten drei Jahre, überhaupt seit dem Kriege zwischen Preußen und Oesterreich, die Aussichten auf Erhaltung der unschätzbaren Wohlthaten des Friedens besser gewesen sind als heute.

Die Königin weilt noch in Balmoral, und der Lordkanzler ist heute dorthin zur Vertretung des Ministeriums abgereist. — Der Prinz und die Prinzessin von Wales, welche heute von Paris zurück erwartet werden, gedenken kurz nach ihrer Ankunft den Vizekönig von Irland in Athorp zu besuchen.

Das schnelle Umsichgreifen der Maul- und Klauenseuche in den verschiedenen Theilen von England, Wales und Schottland hat den Geheimen Rath zum Erlaß einer Verordnung bewogen, welche zunächst vom 1. Oktober bis Neujahr in Kraft bleiben soll, und welche alle im Gesetze „anstehende Krankheiten betreffend“ enthaltenen Vorsichtsmaßregeln gegen die Rippensellenzündung auf die Maul- und Klauenseuche ausdehnt.

Amerika.

Ueber die Verwundung des Präsidenten Salnave kommen aus Haiti folgende nähere Nachrichten:

Salnave hatte sich auf der „Galatea“ nach Aux Cayes begeben, um die vollständige Einschließung des Platzes zu bewerkstelligen, und stellte sich kurz nach der Landung an die Spitze der Sturmmannschaft, um dieselbe persönlich zum Angriff zu führen. Hierbei wurde er von zwei Kugeln in die Brust getroffen. Die „Galatea“ nahm ihn also halb wieder an Bord und ging nach Port-au-Prince zurück, um ärztliche Hilfe zu erlangen, doch hielt man die Wunden für tödtlich. Für den Fall, daß Salnave nicht mit dem Leben davontkommt, soll Kaffage Saget die meiste Aussicht auf die Präsidentschaft haben. Die früheren Nachrichten von dem Zwiste zwischen dem General Victor Chevalier und Rubin, dem Gouverneur von Port-au-Prince, werden bestätigt.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 1. Okt. 2. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hrn. Geh. Rathes v. Wohl.

An dem Ministertisch: Die Hh. Präsidenten sämmtlicher Ministerien.

Nach Eröffnung der Sitzung Mittheilung der Entschuldigungsschreiben einiger ausgebliebenen Mitglieder, der Wahlen der beiden Vizepräsidenten und der vier Sekretäre der Zweiten Kammer, einer Eisenbahn-Petition der Gemeinden Wöllingen zc., Anzeige der in einer der nächsten Sitzungen zu stellenden Anfrage des Hrn. Grafen v. Kageneck an den Hrn. Staatsminister des Innern, Dr. Jolly, über Reorganisation der Ersten Kammer, wurden Seitens der Großh. Staatsregierung folgende Vorlagen gemacht:

1) Von dem Hrn. Staatsminister des Innern, Dr. Jolly: Gesetzentwurf über den Betrieb der Wirthschaften und den Kleinhandel mit geistigen Getränken.

2) Von dem Hrn. Präsidenten des Ministeriums des Innern, v. Freydhof: Vertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika über die gegenseitige Regelung der Heimathsverhältnisse der Ein- und Ausgewanderten.

3) Von dem Hrn. Präsidenten des Handelsministeriums, v. Dusch: a. Gesetzentwurf über die Beschäftigung der Kinder in Fabriken; b. Gesetzentwurf über Maß und Gewicht im Großherzogthum Baden;

c. die revidirte Rheinschiffahrts-Akte vom 17. Okt. 1868, Sej. u. Berord. Bl. 1869, Nr. XIV.; d. Verzeichniß der während der Dauer des vorigen Landtags der Ersten Kammer vorgelegten Petitionen und die Art deren Erledigung.

4) Von dem Hrn. Präsidenten des Justizministeriums, Obkircher: a. Gesetzentwurf über das Verfahren bei Ministeranklagen; b. Gesetzentwurf, den persönlichen Verhaft in bürgerlichen Rechtsfällen betr.

Hierauf trug der Berichterstatter der Adresskommission, Hr. Geh. Rath Bluntzli, den Adressentwurf vor und begleitete denselben mit einer kurzen Begründung. Dieser Entwurf lautet:

„Durchlauchtigster Großherzog!
Gnädigster Fürst und Herr!

Eure königliche Hoheit haben Ihre getreuen Stände wieder zu ernten, und wie auch wir vertrauen, fruchtbaren Arbeiten verarmt. Mit gespanntem Interesse haben wir die inhaltschwere Rede vom Throne vernommen und unsere Zuversicht auf eine gedeihliche Entwicklung unserer Zustände ist durch dieselbe gestärkt und erhöht worden.

Von ganzer Seele stimmen wir dem patriotischen Gedanken bei, welchen Eure königliche Hoheit auch bei diesem Anlaß von neuem als den Leitstern Ihrer Politik ausgesprochen haben. Auch wir betrachten die Neugestaltung Deutschlands und zunächst die nationale Einigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde als eine Grundbedingung für die Sicherheit dieser Staaten, für die Gesundheit und Wohlfahrt der ganzen deutschen Nation, und für die friedliche Entwicklung von Europa.

Wenn gleich seit zwei Jahren kein entscheidender Fortschritt in dieser Richtung geschehen ist, so ist doch das Bedürfnis dieser Einigung inzwischen gewachsen, und die Einigkeit in ihrer Nothwendigkeit hat sich in den politisch denkenden Kreisen weiter verbreitet.

Wir freuen uns, zu erfahren, daß das gemeinsame Vertheidigungssystem von ganz Deutschland durch neuere Verabredungen eine größere Festigkeit erhalten hat, und sind stolz darauf, zu hören, daß unsere badiischen Truppen heute schon von dem erhebenden Gefühl befeuert sind, der verbündeten norddeutschen Armee in Folge derselben Wehrverfassung, gleicher Ausbildung und Leistungsfähigkeit als ein gleichberechtigter Heeresheil würdig beitreten zu können. Wir werden in allen, unserer Mitwirkung bedürftigen militärischen Fragen uns ernstlich bemühen, die Interessen des allgemeinen Wohlstandes und der bürgerlichen Freiheit mit den nothwendigen Anforderungen für die Vertheidigung des Vaterlandes auszugleichen.

In der Organisation des deutschen Zollvereins, in dem Zollbundesrathe und dem Zollparlament erkennen wir eine werthvolle Einrichtung für einen beschränkten Kreis unserer gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen und zugleich eine Bürgschaft der künftigen Einigung auch in den übrigen nationalen Angelegenheiten. Der Mangel einer ganz Deutschland umfassenden Organisation stellt sich aber bereits für die süddeutschen Staaten sehr empfindlich und auf die Dauer unheillich heraus, seitdem uns die Alternative öfter entgegentritt, daß wir entweder der Vortheile und Vorzüge der gesetzgeberischen Reformen in dem Norddeutschen Bunde entbehren und damit auf die Fortbildung eines gemeinsamen deutschen Rechts und auf den Zusammenhang des wirtschaftlichen Lebens verzichten oder die norddeutschen Gesetze unverändert annehmen müssen, ohne bei deren Bearbeitung mitwirken zu dürfen.

Mit lebhafter Theilnahme sind wir der Ankündigung zahlreicher Gesetzesvorlagen gefolgt, durch welche die Staatsverfassung, die Gemeindeordnung und das öffentliche Recht überhaupt zeitgemäß verbessert, die Sonderung des staatlichen Gebiets von dem kirchlichen geregelt, und die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes befriedigt werden sollen. Wir werden diese Vorlagen mit Sorgfalt prüfen und eine gedeihliche Erledigung derselben gerne fördern. Die wohlgeordnete und freie Fortbildung unseres badiischen Staatswesens und die Förderung der heimischen Kultur und Wirtschaft erscheint uns nicht im Widerspruch mit dem nationalen Streben. Wir glauben vielmehr, daß die Verbindung der beiden Richtungen für beide förderlich sei. Wie wir in dem pflichttreuen unbefangenen, auf wechselseitiger Achtung begründeten Zusammenwirken beider Kammern unter sich und mit der Großherzoglichen Regierung die Grundbedingung unseres gesunden Staatslebens erkennen, so danken wir Gott, daß Eure königliche Hoheit in der Wohlfahrt Ihres getreuen Volkes die Freude und die Ehre des Fürsten finden, und folgen mit vollständigem Vertrauen der weisen Führung Eurer königlichen Ho-

heit sowohl auf dem Wege zu dem hohen nationalen Ziele, als zu den Arbeiten für das besondere Wohl des Landes.

Gottes Segen walle über dem Haupte Eurer königlichen Hoheit wie über Ihrem Volke und dem gemeinsamen deutschen Vaterlande!

Hr. Staatsminister Dr. Jolly spricht der Kommission den Dank der großh. Regierung für den Entwurf der Adresse aus, welche in allen wesentlichen Punkten der bisher von derselben verfolgten Politik zustimme und mitwirke, dieselbe nach Innen und Außen zu realisiren. Die Regierung werde mit Festigkeit auf dem bisher eingeschlagenen Wege weitergehen, und die nationale Neugestaltung Deutschlands befördern. Die Einigung des gesammten Deutschlands sei nicht nur wünschenswerth, sondern auch nothwendig, einmal zur gemeinsamen innern Entwicklung Deutschlands und zur Befriedigung der gleichheitlichen deutschen Interessen, sodann um das Gedeihen der innern Entwicklung in Baden zu sichern, und endlich zur Erhaltung des europäischen Friedens. Seit den letzten zwei Jahren sei allerdings zur Erreichung dieses Zieles ein entscheidender Schritt nicht geschehen, aber es sei doch allenthalben im Volk die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der nationalen Einigung Deutschlands gewachsen und sei es nunmehr die Aufgabe der Regierungen, in Gemeinschaft mit den gesetzlichen Vertretern des Volkes, den nationalen Sinn zu wecken, damit derselbe im entscheidenden Moment zur Geltung komme und, wenn die Zeit zum Handeln herantomme, mit aller Energie gehandelt werden könne, und das Ziel nicht noch einmal verfehlt werde. Insbesondere freue er sich ferner darüber, daß in der Adresse die Uebereinstimmung der Kommission mit der Regierung bezüglich der militärischen Reorganisation im Anschluß an den Norddeutschen Bund und der dadurch herbeigeführten Gleichheit in dieser Beziehung zwischen Baden und dem Norddeutschen Bunde konstatiert sei.

Doch habe die Regierung über dem großen nationalen Ziel die Weiterentwicklung im Innern unseres Staates nicht vernachlässigt; es gehe dies aus den von derselben den Kammern vorgelegten Gesetzentwürfen hervor, wenn auch vielleicht der eine oder andere Wunsch in dieser Beziehung zur Zeit noch keine Berücksichtigung finden können.

Hr. Graf v. Berlichingen: In der Adresskommission bestehe eine Majorität, welche der Adresse zustimme, und eine Minorität — er selbst —, welche dieselbe nicht annehme; er stimme vielmehr gegen dieselbe, wenn er auch von Abfassung einer Minoritätsadresse einmal in Voraußicht, daß sie die Majorität nicht erhalte, sodann in Rücksicht auf die Kürze der Zeit — Umgang genommen habe; er dürfe jedoch als Vertreter einer — vielleicht der größeren Partei — im Lande hier die in dem Adressentwurf erwähnten Fragen, insbesondere die deutsche, nicht übergehen.

Der Adressentwurf habe zwei Richtungen, eine äußere, politische und eine die innern Fragen in unserm Lande berührende; letztere theile er wieder ein einerseits hinsichtlich der von der Regierung gemachten Vorlagen und zweitens hinsichtlich derjenigen Vorlagen, welche seiner Ansicht nach noch hätten gemacht werden sollen.

Was vor Allem den politischen Theil des Adressentwurfs betreffe, so sei darin aufgenommen, daß in den letzten zwei Jahren nicht viel zum Anschluß Badens an den Norddeutschen Bund geschehen sei; er freue sich darüber; denn er wünsche diesen Anschluß nicht. Es wäre vielmehr Seitens Gr. Staatsregierung auf Bildung eines Südbundes der süddeutschen Staaten hinzuwirken gewesen, welcher das Bindeglied zwischen Oesterreich und Preußen gebildet hätte, denn es könne ein dauernder Friede nicht bestehen, wenn wir Oesterreich als Feind im Rücken hätten. Er erblicke in dem Nordbunde nur eine Verpreuung der andern Staaten, Preußen allein sei souverän, die andern nur Vasallen, und für eine Hegemonie Preußens könne er nie stimmen, dagegen stimme er von Herzen für ein großes einiges Deutschland. Auch bestehe in Baden eine große Abneigung gegen den Eintritt in den Norddeutschen Bund und er protestire gegen einen solchen. Legte die Regierung einen dahin gehenden Vertrag vor, so erkläre er dieses Vorgehen der Regierung für einen Staatsverrath, da er die nach dem gegenwärtigen Wahlssysteme zusammengesetzten Kammern nicht als wirkliche Vertretung des größten Theils des badiischen Volks betrachten könnte. Sollte über eine etwaige derartige Vorlage abgestimmt werden, so verlange er entweder andere Kammern oder Volksabstimmung; werde dann der Eintritt in den Nordbund verlangt, so stimme er lieber für vollständige Annexion, als für ein solches Verhältniß, wie es der Zeit im Norddeutschen Bund bestehe.

Was den die innern Verhältnisse Badens berührenden Theil des Entwurfs betreffe, so wolle er vor Allem bemerken, daß er von einer großen Freiheit in Baden nichts gesehen habe. Die von der Regierung gemachten Vorlagen anerkenne er, vermisse aber einige andere, die auch hätten gemacht werden sollen; nämlich

1) bezüglich der Reform der Ersten Kammer, 2) bezüglich der Herabsetzung des Militärbudgets, 3) Strich der §§. 631 a-g des Strafgesetzbuchs.

4) Ein Regentenschaftsgesetz, welches früher von der Regierung schon einmal vorgelegt, aber wieder zurückgezogen worden sei. Die allerhöchste Proklamation vom 7. April 1860 sei nicht in Erfüllung gegangen und es herrsche behalben eine große Unzufriedenheit im Volke; es sei daher entweder ein Systemwechsel Seitens des Großh. Staatsministeriums oder aber ein Personenwechsel nothwendig.

Hr. Staatsrath Weizel: In dem Hauptgedanken seien wir Alle einig, wir streben nach einer Rekonstruktion Deutschlands, die seine Macht nach Außen und Kräftigung nach Innen erziele. Das wolle auch der Hr. Vordredner, aber er schlage einen andern Weg ein, auf dem wir ihm nicht folgen können; man müsse in der Frage nicht seinen Gefühlen, sondern den Thatfachen folgen und ihnen Rücksicht tragen. Man habe gesagt, die Regierung und Stände drängen in den Nordbund, dies sei nicht richtig, wir wollen nicht unzeitig drängen; wir haben aber ein Recht, in den Nordbund einzutreten, einmal nach den Nikolsburger Friedenspräliminarien, zum andern nach dem Schlussparagrafen der norddeutschen

Bundesverfassung, und endlich nach unserer eigenen Verfassung; dieses unter Recht wolle die Regierung realisiren, und sie möge es in dem ihr geeignet scheinenden Zeitpunkte thun.

Wenn Hr. Graf Berlichingen darüber klagt, daß seine Partei kein fertiges Programm hat, so liegt dies nicht in einem Fehler der Partei, sondern in dem Mangel einer realen Grundlage. Die Errichtung eines Südbundes, welche er anstrebe, sei ein Ding der Unmöglichkeit, da der Süden selbst einen solchen nicht wolle; die Hereinziehung Oesterreichs sei ein anderer Fehler der Gegenpartei; denn hier stünden die Verträge vom Jahr 1866 klar entgegen; überhaupt dürfe der frühere unglückselige Dualismus nicht mehr hereingetragen werden, als Quelle vielen Unheils.

Hr. Graf v. Berlichingen: Er habe diesen Ausdruck nicht gethan, sondern nur das jetzige Wahlsystem angegriffen.

Hr. Staatsrath Weizel: Auch die Behauptung, daß das Wahlsystem nicht den wahren Willen des Volkes konstatire, sei verfassungswidrig; denn noch jetzt sei das System der Wahlordnung das allein verfassungsmäßige und die hienach gewählten Kammermitglieder verfassungsmäßig; eine Aenderung der Wahlordnung könne nur auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande kommen. — Was ferner die vom Hrn. Vordredner behauptete Unzufriedenheit im Volke betreffe, so könne dieselbe durch den Hrn. Vordredner allein nicht konstatiert werden. Das wäre denn doch ein allzu starker Kollektivismus. Auch würde man auf dem von dem Hrn. Vordredner eingeschlagenen Wege nicht zu einer Einigung gelangen, sondern nur noch eine größere Zerrissenheit erreichen werden.

Ministerialpräsident v. Freydhof: Es ist Angesichts wiederholter Kundgebungen vom Throne, von der Bank der Minister und früherer fast einstimmiger Beschlüsse beider Häuser des Landtags wohl überflüssig, die Versicherung zu wiederholen, daß wir fortan bestrebt sein werden, die nationale Einigung des Südens mit dem Norden Deutschlands zu verwirklichen.

Wir werden's erreichen. Wir haben in unsern Tagen gesehen, daß Italien eine straffere Einigung fertig gebracht hat, als die, welche wir anstreben, einen Einheitsstaat nicht nur einen Bundesstaat. Italien hat dies Ziel erreicht, unter Führung eines Königs, der ursprünglich nur über 4 1/2 Mill. Einwohner herrschte; es hat dies Ziel erreicht, obgleich es sich für seine Bestrebungen nur auf das Recht der Nationalität berufen konnte.

Deutschland steht an Macht und an nachhaltiger Kraft des Volkes nicht hinter Italien zurück. Während Italien 1000 Jahre rückwärts niemals ein Einheits- oder auch nur ein Bundesstaat war, kann sich Deutschland auf eine Geschichte von 1000 Jahren berufen, in denen es ein deutsches Reich, dann einen Bundesstaat bildete.

Während Italien, um zu seiner Einheit zu gelangen, einen Vertrag neueren Datums, den Züricher Vertrag, verletzen mußte, welcher die Herzöge von Modena, Toscana und Parma wieder in ihre Rechte einsetzte, Sr. Heil. dem Papst einen Theil seines Gebiets zurückgab und einen Staatenbund unter seinem Vorherrschaft, setzen unserer Bestrebungen keine Verträge entgegen, vielmehr die neuesten Verträge von Nikolsburg und Prag zur Seite, welche ausdrücklich von einer neuen Gestalt des ganzen Deutschlands, mit Ausschluß Oesterreichs, sprechen und die nationale Einigung des Südens mit dem Norden Deutschlands ausdrücklich in Aussicht nehmen.

Also, Italien ist trotz aller dieser Hindernisse zum Einheitsstaat durchgedrungen. Unser Ziel ist weit näher gesteckt, wir wollen einen deutschen Bundesstaat, und nach diesem nähern Ziele haben wir weit weniger Hindernisse zu überwinden.

Es ist in der Thronrede gesagt, daß in der Frage der nationalen Einigung kein entscheidender Schritt geschehen.

Doch hat der nationale Gedanke nicht nur in der Idee, sondern in der Wirklichkeit in gemeinschaftlichen Einrichtungen, Verträgen, Gesetzen erhebliche Fortschritte gemacht.

Schon die Thronrede gibt Andeutungen hierüber, und es wird gelegentlich verschiedener Vorlagen hievon die Rede sein. Ihre Adresse hat auf einen Mißstand aufmerksam gemacht, der, wenn er sich empfindlicher zeigt, nicht nur uns, die wir ja stets zu weiter gehendem Entgegenkommen bereit sind, sondern auch die andern süddeutschen Staaten zu neuen Verständigungen mit dem Norden nöthigen wird.

Eine der begründetsten ältesten, dringendsten Forderungen des deutschen Volkes ist diejenige eines gemeinschaftlichen Rechts, einer einheitlichen Gesetzgebung für ganz Deutschland.

Die Forderung wurde erstmals vor 50 Jahren — ich stieß dieser Forderung zufällig auf das Datum — am 2. Juni 1819 in diesem hohen Hause vom Hrn. v. Türrheim gestellt.

Diese Forderung kehrte in den 30er und 40er Jahren so dringend wieder, daß selbst der Bundestag Hand anlegen und vermittelst schwerfälliger Kommissionsberatungen, deren Ergebnis wieder von der Zustimmung von 35 Regierungen und noch mehr Kammern abhing, einige gemeinschaftliche Gesetze schaffen mußte.

Dies Gesetzgebungswerk schreitet in den neu geschaffenen, gesetzgeberischen Organen des Norddeutschen Bundes rascher und energischer voran. Die süddeutschen Staaten haben die Wahl, entweder ihre 8 Millionen Deutsche von der Wohlthat eines einheitlichen Rechts anzuschließen, oder aber, die Gesetze, sowie sie aus dem Norddeutschen Bundesrath und Parlament hervorgegangen, ihren Ständen zur Zustimmung vorzulegen. Das ist eine sehr scheinbare Wahrung der Souveränität und man wird wohl über kurz oder lang zu der Ueberzeugung kommen, daß es eine angemessenere, souveränen Staaten würdigere Stellung ist, diese Gesetze im erweiterten Bundesrath und Parlament zu beraten, ihre Interessen und Ansichten rechtzeitig geltend machen zu können, statt diese Gesetze, so wie sie Norddeutschland beschlossen hat, mit nur scheinbarer Wahrung des eigenen Gesetzgebungsrechts, hinzunehmen.

Herr Graf v. Berlichingen tadelt, daß wir einer Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde zustimmen, und nicht vielmehr uns mit den andern süddeutschen Staaten in's Benehmen

setzen, um einen Südbund zu gründen. Ich bitte doch den Hrn. Grafen, mir zu sagen, mit wem ich in's Benehmen treten soll, nachdem sowohl Fürst Hohenlohe, der leitende Minister in Bayern, wie der königl. württembergische Staatsminister Hr. v. Arnhäuser vor ihren Ständen und mit sehr guter Begründung sich gegen den Südbund ausgesprochen, diesen für eine Unmöglichkeit erklärt haben.

Wenn Hr. Graf Berlichingen, statt sich nur im Allgemeinen an die noch nebelhafte Idee eines Südbundes zu halten, einmal an Ausarbeitung eines Statuts ginge, würde er auch so gleich auf die Unausführbarkeit des Projekts stoßen. Der § 1 ist noch zu Stande zu bringen und würde lauten: „Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Württemberg und Ihre Königl. Hoheiten die Großherzöge von Baden und Hessen, Vögte für seine Lande südlich des Rhains, bilden einen süddeutschen Bund.“

Sobald man aber in Art. 2 den Gegenstand dieses Bundes feststellen will, beginnt die Schwierigkeit. Man wird schwerlich andere Gegenstände der Thätigkeit des Bundes aufreiben, als die in Art. 3 und 4 der norddeutschen Bundesakte verzeichneten, und bei Betrachtung dieser Gegenstände wird man sogleich finden, daß diese Gegenstände sich entweder nur zur Partikulargesetzgebung des einzelnen Staates, oder, wo ein Bedürfnis der Gemeinsamkeit vorliegt, zu einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung und Anordnung, nicht zu einer gemeinschaftlichen Gesetzgebung derjenigen Stücke von Deutschland eignen, welche zufällig südlich des Rhains liegen.

Ich will von anderen Schwierigkeiten, der Frage nach der Vormacht, dem Verhältnisse Hessens nicht reden, das mit einem Fuße im Norddeutschen Bunde steht.

Es hat auch noch Niemand ein irgend greifbares Projekt eines Südbundes geliefert, mit Ausnahme des „Stuttgarter Beobachters“, der hierüber interpellirt, erwiderte: Sein Rezept sei sehr einfach und wohlfeil, es koste nur einige Kronen.

Hr. Graf v. Berlichingen: Ich lese den „Stuttgarter Beobachter“ nicht, und diese Stelle ist mir unbekannt.

Präsident v. Freydhof: Hr. Graf v. Berlichingen will seinen Südbund zu einem Bindeglied zwischen Oesterreich und dem Norddeutschen Bunde machen. Alle Politiker, welche nach Herstellung eines einheitlichen mächtigen Deutschlands streben, erkennen vor Allem das Bedürfnis, den störenden und schädlichen Dualismus zu entfernen. Dies ist 1866 durch endgiltiges Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland zum Heile beider Theile geschehen.

Wir werden nicht die Hand bieten zur Wiedereinführung des Dualismus in Deutschland. Dagegen stand seit 1848 auf dem Programm aller derjenigen Patrioten, welche die deutsche Frage durch ein Ausschneiden Oesterreichs und durch Einigung der übrigen deutschen Staaten unter Preussens Führung lösen wollten, ein inniges Freundschafts- und Bundesverhältnis mit Oesterreich. Dies wird um so eher zu Stande kommen, wenn die süddeutsche Frage aus der Welt geschafft ist. Schon heute aber wird jeder gute Deutsche jedes Zeichen einer freundschaftlichen Annäherung zwischen Oesterreich und dem Norddeutschen Bunde mit Freude begrüßen.

Hr. Graf v. Berlichingen tadelt unser angebliches Drängen zum Eintritt in den Norddeutschen Bund. Wenn wir einmal entschlossen sind, in den Norddeutschen Bund einzutreten, und den Zeitpunkt für geeignet halten, ist der Weg, den wir zu gehen haben, durch Art. 79 der norddeutschen Bundesakte genau vorgezeichnet.

Inzwischen haben wir niemals den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund als die einzige Formel der Lösung der nationalen Frage hingestellt, sondern stets im Allgemeinen von einer nationalen Verbindung des Südens mit dem Norden Deutschlands gesprochen. Ein Drängen nach jener Richtung hat nicht stattgefunden, so oft auch die Zeitungen hievon reden. Weber dem Grafen v. Berlichingen, noch irgend Jemand werden andere Verhandlungen über die nationale Frage bekannt sein, als die im Jahre 1867 zwischen Bayern, Württemberg und Baden über die Gründung eines weiteren Bundes mit dem Norddeutschen Bunde gepflogen wurden.

Hr. Graf v. Berlichingen glaubt weiter, daß die Ereignisse von 1866 der Einmischung des Auslandes in die deutschen Angelegenheiten die Wege geebnet hätten. Ich habe in den drei Jahren, in denen ich die Ehre habe, diesem Amte vorzustehen, nichts von einer solchen Einmischung wahrgenommen, und glaube, daß Deutschland 50 Jahre rückwärts nicht in so guter Verfassung war, solche Einmischung abzuwehren, als eben seit 1866. Zwei gelegentliche norddeutsche Noten sprechen sich mit hinreichender Klarheit gegen jede fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands aus.

Hr. Graf v. Berlichingen will, wenn es sich einmal um Eintritt in den norddeutschen Bund handeln sollte, das Großherzogthum lieber vollends von Preußen annektirt sehen. Ich denke, es ist Sache Sr. K. Hoheit des Großherzogs, seiner Zeit zu bestimmen, welchen Theil seiner Souveränitätsrechte er der Bewirklichung der nationalen Einigung Deutschlands zum Opfer zu bringen für nöthig und für gut findet. Weiter werden wir um keinen Schritt gehen und etwaigen weiter gehenden Versuchen politischer Parteien mit aller Entschiedenheit entgegenreten.

Nach beendigter Diskussion [worüber morgen noch Weiteres] wurde die Adresse mit 13 gegen 6 Stimmen angenommen.

† Karlsruhe, 1. Okt. 5. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorherrschaft des Präsidenten Hildebrandt. Nach Eröffnung der Sitzung und Anzeige des Sekretariats über den Einlauf verschiedener Petitionen erstattete Abg. Kölle den Bericht der Kommission zur Prüfung der Rechnung der Zweiten Kammer über die Kosten des letzten Landtags und stellte am Schlusse desselben die Anträge:

1) Dem Redner, Hrn. Archivath Goldschmidt, unter Anerkennung seiner pünktlichen Dienstführung, das Absolutorium zu ertheilen;

2) die abgenützten oder nicht mehr vorhandenen Inventariestücke in Abgang zu bekreuzen;

3) den Redner zu ermächtigen, die alten Zeitungen zu verwerten und den Erlös der großh. Staatskasse zufließen zu lassen.

Die sämtlichen Anträge wurden ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Hierauf wurden zur Verstärkung der Kommission für die Gesekentwürfe

a. über die Aenderung einiger Bestimmungen der Verfassungsurkunde und der Wahlordnung folgende Abgg. gewählt: Kiefer, Frey, Richter und Baumstark, und

b. über die Aenderung des Gesetzes, die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden, die Erleichterung der Gesehliche, das Aufenthaltrecht und die Armenpflege betreffend, die Abgg. Eckhard, Kent, Schupp, Blum, Paravicini, Turban und Weber

und sodann die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: noch nicht bestimmt.

† Karlsruhe, 1. Okt. 3. Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 2. Okt., Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Interpellation des Grafen von Kageneck an den Großh. Staatsminister des Innern in Betreff der Reorganisation der Ersten Kammer. 3) Vornahme von Kommissionswahlen. 4) Erstattung und Berathung des Kommissionsberichts über die Rechnung des Archivars vom Landtag 1867/68. Berichterstatter Artaria.

Vermischte Nachrichten.

— Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich am 29. bei dem Wettrennen in Cannstatt zugetragen. Zum Schluß derselben fand ein Rennen über Hürden statt, bei welchem Hr. Oberleutnant Gauß von Mannheim von seinem an der Hürde hängen gebliebenen Pferde abgeworfen und so verletzt ward, daß er vom Platze weggetragen werden mußte.

— Den höchsten, auf der Ausstellung zu Altona ertheilten Preis, das „Diplome d'honneur“, empfing unter 30 Bewerbern die Singer Manufacturing Co. in New-York für ihre Original-Nähmaschinen. Auch erhielt sie die einzig verliehene Preismedaille für beste Näharbeiten. [Hr. Aug. Kub ist Hauptagent dieser Nähmaschinen in Karlsruhe.]

— Darmstadt, 29. Sept. (Hess. L.Z.) Der Buchdruckerstrike ist in ein neues Stadium getreten. Gegen sämtliche Gesellen, welche die Arbeit eingestellt, ist Kriminaluntersuchung eröffnet, und zwar wegen Uebertretung des Art. 184 des Strafgesetzes (Verbot der Koalition). Heute Morgen fanden die ersten Vernehmungen im Arresthaus statt.

— Berlin, 29. Sept. (Berl. Bl.) Die Verhandlungen gegen v. Jastrow werden am 28. Okt. beginnen.

— Paris, 29. Sept. (Köln. Zig.) Der General-Postdirektor Bandal ist nach Guebwiller, dem Geburtsort Johann Kink's, abgereist, um den Postdirektor dieser Stadt wegen der sich auf dem dortigen Postbureau befindenden 5500 Fr. zur Rede zu stellen. Diese 5500 Fr. sind in drei Chargirten Briefen (2000, 2000 und 1500 Fr.) enthalten. Zwei Mitschuldige Traupmann's sollen heute vom Polizeikommissar Berillon verhaftet worden sein. Andererseits heißt es, daß ein Mitschuldiger des Mörders sich freiwillig gestellt habe. Wie man erfährt, hat Traupmann in seinem Gesandnis Aussagen gemacht, die darauf schließen lassen, daß Johann Kink in Belgien auf der Straße nach Guebwiller ermordet wurde. Da die Mörders das gewünschte Geld nicht bei ihm fanden, so beschloffen sie, sich nach Paris zu begeben und den Rest der Familie dahin zu locken. Sie hofften auf diese Weise, sich in den Besitz der Gelder dieser Familie zu setzen. Die Leichen der Familie Kink werden morgen nach Roubaix gebracht. Der junge Kommiss, welcher der „Société Générale“ 125,500 Fr. entwendet hat, ist in Baden-Baden festgenommen worden. Man fand 45,000 Fr. bei ihm. Sein Genosse, der im Besitz von 70,000 Fr. sein soll, wird wohl in Homburg verhaftet worden sein.

— London, 30. Sept. Die „Times“ theilen mit, daß die Regierung von Peru an deutsche und französische Häuser 2 Mill. Tonnen Guano verkauft hat.

Badische Chronik.

— Mannheim, 30. Sept. Heute hält Prof. Dr. Zimmermann aus Gießen im kaufmännischen Verein einen Vortrag über Faust und die Faust-Sage von Göthe, der bei der ästhetisch-kritischen Stellung, welche der Hr. Vortragende in Deutschland einnimmt, gewiß einer der angehenden sein wird, die im Schooße des Vereins gehalten worden sind. Ueberhaupt sind diese Vorträge, zu welchen auch außerhalb des Mitgliederzeichnisses stehende Freunde Zutritt erlangen können, ein entschiedenes Verdienst dieses strebsamen und kräftig gedeihenden Vereins, dessen Bildung wir f. z. nach Gebühr begrüßen haben.

— Mannheim, 1. Okt. (Mannh. Z.) In der gestern Nachmittag stattgehabten Sitzung des Schwurgerichts wurde Jos. Ritter aus Wien, Redakteur der „Neuen Freien Presse“, des Verbrechens der Majestätsbeleidigung schuldig erklärt und zu 1/2 Jahr Arbeitshaus, auf der Festung zu erlösen, verurtheilt.

— Frankfurt, 1. Okt. Rachm. Deferr. Kreditaktien 251 1/2, Staatsbahn Aktien 365 1/2, National 57, 1860r Loose 77 1/2, Amerikaner 38.

Witterungsbeobachtungen

der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

30. Sept.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Procenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27" 7,7"	+ 9,7	0,95	S.	klar	Ensch., kühl
Mitt. 2 "	27" 7,0"	+ 20,4	0,52	N.O.	"	sehr warm
Nacht 9 "	27" 7,1"	+ 16,4	0,67	S.W.	"	warm

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 3. Okt. 3. Quartal. 99. Abonnementsvorstellung. Der erste Glückstag, komische Oper in 3 Akten, von Auber.

